

Sorge um die Entsolidarisierung in der Corona Gesellschaft

Die anfänglich breit getragenen Einschränkungen des privaten und öffentlichen Lebens werden zunehmend in Frage gestellt und teilweise mit offener Rebellion beantwortet. Dabei werden die Jüngeren, die tatsächlich oder vermeintlich geringere Gesundheitsrisiken tragen, ins Feld gegen die Älteren und gesundheitlich eingeschränkten Menschen geführt- überspitzt ausgedrückt: die Älteren sollen in Quarantäne, damit sich die Jüngeren wieder ungehindert bewegen und vor allem arbeiten können.

Im Endeffekt dienen soll dies der Wirtschaft, aus der inzwischen unverhohlen die Anforderungen nach Konzepten zum „Hochfahren“ zu hören sind. Die jüngsten erschreckenden Nachrichten über Infektions-Hotspots in mehreren Schlachtbetrieben sind nur die Spitze eines Eisberges.

Es liegt in unser aller Verantwortung, dies als vorgeschobene Konflikte für die tatsächlichen Finanz- und Wirtschaftsinteressen zu entlarven. Überspitzt ausgedrückt, geht es um Kommerz gegen Gesundheit. Dem müssen wir unser Grundgesetz entgegenhalten: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dies muss auch in Corona und Nach-Corona-Zeiten für alle Menschen gelten unabhängig von Lebensalter, Gesundheit, sozialem Status oder Herkunft.

Mit großer Bereitschaft aller gesellschaftlicher Kräfte in Staat und Wirtschaft wurde für inzwischen über 10 Millionen Beschäftigte das Corona Kurzarbeitergeld eingeführt und aufgestockt. Damit kann auch bei den gravierenden Wirtschaftseinbrüchen Arbeitslosigkeit verhindert und Beschäftigung erhalten bleiben. Dies ist das gemeinsame Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Inzwischen scheint diese solidarische Front allerdings zu bröckeln. Gerade von Seiten der Wirtschaft werden Forderungen laut, die Rentenerhöhung zum 1. Juli 2020 auf die Hälfte zu reduzieren. Angeblich dürfte den Rentnern nicht mehr zugestanden werden als den vielen Arbeitnehmern, die durch Kurzarbeit Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Dabei wird völlig ausgeblendet, dass immer mehr Rentner an der Grenze der Altersarmut leben müssen. Zudem werden sie sowieso 2021 kurzarbeitsbedingte Abstriche bei den Renten machen müssen. Bereits zuvor kamen aus der Politik Forderungen nach Aufschub und Verschlechterung der Grundrente. Beides wären fatale Entwicklungen des Missbrauchs von Corona zur sozialen Entsolidarisierung. Das Gegenteil ist und bleibt erforderlich.

8.Mai: Feiertag für Demokratie und Vielfalt

Ich mache mir auch unabhängig den Corona größte Sorgen um die Zukunft unserer Demokratie. Gerade einmal 75 Jahre nach dem Ende des verheerenden Zweiten Weltkrieges erleben wir bereits wieder das Erstarken von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den verheerenden NSU Morden mit der schleppenden Aufarbeitung und Verfolgung, in den entlarvenden Bewegungen von Pegida, der erstarkten Partei AFD mit klaren rechtradikalen Ausrichtungen.

Deshalb setze ich mich entschieden dafür ein „Der 8. Mai als Ende des verheerenden 2. Weltkrieges muss ständiger Feiertag werden für die Befreiung von den Gräuel des NS Regimes und des 2. Weltkrieges. Deshalb schließe ich mich der Petition von Esther Bejarano, Holocaust Überlebende und Vorsitzende des Auschwitz Komitees an, den 8. Mai als Feiertag einzuführen „Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Dies ist zwar seit über 7 Jahrzehnten überfällig, aber war noch nie so dringend wie heute!“ so Esther Bejarano.

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer

In dieser Tradition setze ich mich für die Rechte von Menschen mit sozialen Benachteiligungen aller Art ein – von Alters- und Erwerbsminderungsrenten, Hartz IV und Grundsicherung im Alter, Behinderungen, Gesundheits- und Pflegebedarfen, Mieten und Wohnen bis zur Gleichstellung und Unterstützung von Frauen, Alleinerziehenden sowie gegen Gewalt an Frauen und Kindern.